"Keine Hauruck-Aktion zu Lasten kleiner und mittlerer Unternehmen"

09.05.19 | Berlin

"Keine Hauruck-Aktion zu Lasten kleiner und mittlerer Unternehmen"

UVB-Hauptgeschäftsführer Amsinck warnt vor überhöhtem Vergabe-Mindestlohn

Christian Amsinck, der Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB), lehnt eine deutliche Erhöhung des Berliner Vergabe-Mindestlohns ab. "Wir warnen davor, den Berliner Vergabe-Mindestlohn in einer Hauruck-Aktion auf deutlich über 11 Euro und bis 2021 sogar auf 12,63 Euro anzuheben. Ausgerechnet Berlin, das sich immer noch in einem wirtschaftlichen Aufholprozess befindet, stünde mit einer solchen Marke einsam an der Spitze der Bundesländer", erklärte er.

"Es gibt keine belastbaren gesamtwirtschaftlichen Daten, die einen so großen Schritt stützen würden. Hier geht es um einen rein politischen Mindestlohn. Berlin sollte sich am bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn orientieren, für den es ein klares Verfahren und feste wirtschaftliche Indizes gibt."

Der Spitzenverband verwies auf die Folgen eines solchen Mindestlohns. "Eine Lohnuntergrenze nach

dem Vorschlag der Gewerkschaften würde ganz klar zu Lasten der vielen kleinen und mittleren Unternehmen gehen, die sich wegen eines so hohen Mindestlohns nicht an Vergabeverfahren beteiligen würden. Das erklärte Ziel der Koalition, den Mittelstand zu stärken, würde damit verfehlt. Je nach Auftraggeber müsste ein Unternehmer seinen Beschäftigten den Berliner Vergabe-Mindestlohn, den bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn oder den tariflichen Mindestlohn zahlen. Das würde für noch mehr Bürokratie sorgen, Zeit kosten und wäre unzumutbar."

Amsinck machte sich für ein anderes Vorgehen stark. "Bei der Vergabe eines öffentlichen Auftrags sollte das wirtschaftlichste Angebot zum Zuge kommen. Von diesem Anspruch entfernen sich die nun diskutierten Vorschläge immer weiter.“

Disclaimer

Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) sind die Stimme der Wirtschaft in der Hauptstadtregion. Wir stehen für 60 Mitgliedsverbände aus allen wichtigen Branchen, von der Autoindustrie bis zur Startup-Branche. Als Landesvereinigung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) setzen wir uns für die Belange der regionalen Wirtschaft auf Bundesebene ein. Unser ordnungspolitisches Leitbild ist die Soziale Marktwirtschaft mit einem funktionierenden Wettbewerb. Für uns sind unternehmerische Freiheit, ökonomische Leistungsfähigkeit und Verantwortung für das Gemeinwohl untrennbar miteinander verbunden.

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

Ihre Ansprechpartner zum Thema Wirtschaftspolitik

Stellvertretender Hauptgeschäftsführer

Sven

Weickert

Telefon:
+49 30 31005-141

Telefax:
+49 30 31005-160

E-Mail:
Weickert [at] uvb-online.de

Download VCF

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:

+49 30 31005-166

E-Mail:
Broenstrup [at] uvb-online.de

Download VCF